

mercaptan) behandelt wurde, ergaben, daß der Geruch und der Geschmack des Silbers durch die Bildung der Silbersalze organischer Schwefelverbindungen, besonders solcher mit der Mercaptan-Schwefel-Gruppe, entstehen.

Die Untersuchungen wurden sodann auch auf die anderen Gebrauchsmetalle und -legierungen ausgedehnt. Hierbei zeigte sich, daß nur Silber und Kupfer gegenüber den erwähnten Schwefelverbindungen empfindlich sind und ebenso alle Legierungen, in denen diese beiden Metalle vorwalten. —

Aussprache:

Popp, Frankfurt a. M.: Leider sind biochemische Vorgänge außer acht gelassen. Wirksam sind meist Bestandteile des Schweißes der Hände, namentlich Buttersäure und Harnstoffverbindungen, neben oder mit Hilfe der Hautenzyme. Auch die Unlöslichkeit der in Betracht gezogenen Metalle dürfte überschätzt worden sein. — Heller, Magdeburg: Nicht nur auf der Bildung von Metallverbindungen, sondern auch auf indirekter Wirkung kann Geruch und Geschmack nach „Metall“ beruhen. So ist das Ranzigwerden von Speiseölen bei Lagerung in Eisenbehältern wohl auf eine Beschleunigung der Sauerstoffaufnahme zurückzuführen.

Dr. J. Milczewsky, Stuttgart: „Die Stellung des selbständigen öffentlichen Chemikers im neuen Reich.“

Vortr. hob einleitend den in den Jahren 1918—1933 erfolgten wirtschaftlichen Niedergang der freiberuflichen Chemiker hervor, der neben anderen Gründen überwiegend auf den Währungsverfall, den Wettbewerb der öffentlichen Hand, die steuerliche und soziale Belastung sowie auf den Rückgang der Einnahmen infolge der allgemeinen Wirtschaftskrisis zurückzuführen ist. — Hierauf befaßte sich Vortr. mit der Bedeutung der freien technischen Berufe für die Wirtschaft und Wissenschaft im nationalsozialistischen Staat und besprach im Zusammenhang damit ihre ständische Eingliederung in die geplante Reichskammer der Technik.

Den Hauptteil seiner Ausführungen widmete Vortr. der Wiedergewinnung der verlorenen Arbeitsgebiete, die er als die dringlichste Gegenwartsaufgabe bezeichnete, wobei er die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen zur Einschränkung des Wettbewerbs der öffentlichen Hand und die noch unerfüllten Wünsche einer eingehenden Betrachtung unterzog. Nach einem Hinweis auf die kommende Steuerreform traf Vortr. die Feststellung, daß das Problem der künftigen Stellung der selbständigen öffentlichen Chemiker im neuen Reich heute noch keineswegs als gelöst angesehen werden könne. Die freiberuflichen Chemiker stehen mitten in einer Schicksalswende. Um die ihnen als unentbehrlichem Glied der deutschen Volkswirtschaft gebührende Stellung zu erringen, bedarf es noch zäher und unermüdlicher Arbeit. —

Gewerberat a. D. Dr. H. Berger, Wandsbek: „Unfall- und Gesundheitsschutz im Dritten Reich.“

Völliger Ausschluß der Gefahren ist nicht möglich, da der Mensch unzulänglich ist. Viele Unfälle wiederholen sich als Folge ungenügender Unfallkenntnisse. Man darf daher nicht alles den Gewerbeaufsichtsbehörden und Berufsgenossenschaften überlassen, sondern muß die Betriebschemiker durch Mitteilung bedeutsamer Vorkommnisse und erfolgreicher Schutzmaßnahmen heranziehen. Bildung von Ausschüssen, ähnlich wie beim V. D. I. oder bei der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, und Erforschung zahlreicher Sicherheitsfaktoren sind ebenso nötig. Diese Arbeiten sind vor der Aufnahme der Fabrikation zu erledigen. Stärkere Heranziehung unseres Vereins zur Gesetzesarbeit; mehr Unterricht über Unfall- und Gesundheitsschutz an den Hochschulen; Bestellung von Sicherheitschemikern in größeren Betrieben, wie die Sicherheitsingenieure in der Großeisenindustrie; Möglichkeit zur Statistik. Vortr. schließt mit einem Ausblick auf die neuen Unfall- und Krankheitsverhütungsvorschriften und die sehr verschärfte Strafrechtsreform. —

XVI. Fachgruppe für Luftschutz.

Vorsitzender: Prof. Dr. Remy, Hamburg.

Sitzung am 24. Mai 1934 (etwa 350 Teilnehmer).

Geschäftliche Sitzung:

Entsprechend den Ausführungen des Vereinsvorsitzenden (vgl. Ziff. 11 des Protokolls des Großen Rates, S. 380) löst sich die Fachgruppe auf, und bestellt zu Liquidatoren die Herren Stantien und Lepsius.

Wissenschaftliche Sitzung:

* Dr. Mielenz, Reichsluftfahrtministerium, Berlin: „Organisation des zivilen Luftschutzes.“

Der Zweck des zivilen Luftschutzes besteht darin, durch vorbereitete Schutzmaßnahmen die Wirkung von Luftangriffen auf das Heimatgebiet auf das geringste Maß herabzusetzen, Produktionsstörungen und Störungen des öffentlichen Lebens nach Möglichkeit einzuschränken. Die Träger der praktischen Durchführung der Luftschutzmaßnahmen sind in erster Linie die Polizei und die kommunalen Behörden und Einrichtungen, insbesondere Feuerwehr und öffentlicher Rettungsdienst. Die unterste Einheit im Luftschutzort ist das Luftschutzrevier, das im allgemeinen mit dem Polizeirevier zusammenfällt. In größeren Orten wird eine Anzahl von Luftschutzrevieren zu Luftschutzabschnitten zusammengefaßt. In der Durchführung des zivilen Luftschutzes ist zu unterscheiden zwischen den behördlichen Maßnahmen, die sich auf den Schutz der Allgemeinheit erstrecken, dem industriellen Luftschutz für die arbeitende Industriebelegschaft unter Führung des Reichsstandes der deutschen Industrie und dem Selbstschutz der Bevölkerung. Reichsbahn und Reichspost bereiten den Luftschutz innerhalb ihres Bereichs nach einheitlichen Grundsätzen selbständig und unter eigener Verantwortung vor. Die im behördlichen Luftschutz tätigen Kräfte werden in dem örtlichen Sicherheits- und Hilfsdienst zusammengefaßt. Man unterscheidet zwischen Einsatz- und Bereitschaftskräften. Einsatzkräfte sind die im Luftschutzrevier zusammengefaßten Teile, die so bemessen sind, daß sie die innerhalb des Luftschutzreviers auftretenden Gefahren sofort festzustellen und möglichst im Entstehen zu beseitigen vermögen. Bereitschaftskräfte sind so zusammengesetzt, gegliedert und ausgerüstet, daß sie auch Aufgaben bewältigen können, zu deren Lösung die Einsatzkräfte nicht ausreichen. Die Gesamtleitung in einem Luftschutzort liegt in der Hand des mit der Wahrnehmung der Sicherheitspolizei beauftragten Polizeiverwalters. Zu ihm treten zu seiner Unterstützung die Leiter der verschiedenen Fachgruppen (Feuerwehr, Rettungsdienst, Instandsetzungsdienst, Entgiftungs- und Fachtrupps). Beim Einsatz der verschiedenen Trupps ordnen die fachlichen Leiter die für die Abstellung der Gefahren notwendigen Maßnahmen an. Sie handeln im Rahmen der ihnen gestellten Aufgaben selbständig unter eigener Verantwortung. Der Gesamteinsatz untersteht jedoch stets dem Polizeiverwalter. —

* Dr. K. Stantien, Berlin: „Die Aufgaben des Chemikers im Luftschutz.“

Zunächst wird klargestellt, daß die Entwicklung von Schutzgerät und das Aufstellen von Richtlinien ausschließlich Sache der Behörden oder staatlicher Institutionen sein kann. Dagegen müssen wegen der weittragenden Bedeutung der chemischen Fragen des Luftschutzes alle Chemiker mit ihnen vertraut gemacht werden. Dies geschieht am besten in Zusammenarbeit des Vereins mit den Behörden und dem Reichsluftschutzbund.

Die bisher durchgeführten Sonderlehrgänge des Vereins haben die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit solcher Zusammenarbeit erwiesen. Durch Wiederholung und weiteren Ausbau dieser Veranstaltungen müssen allmählich sämtliche Vereinsmitglieder erfaßt werden.

Jeder so ausgebildete Chemiker muß in der Lage sein, als Lehrer an der Aufklärung der Bevölkerung mitzuarbeiten, wobei er als Fachmann die besondere Aufgabe hat, die zahlreichen Irrtümer und falschen Vorstellungen vom Wesen und der Bedeutung chemischer Fragen im Luftschutz richtigzustellen.

Weiterhin wird ihm bei der Vorbereitung der Luftschutzmaßnahmen die Überwachung von Gasschutz- und Entgiftungsgerät, sowie von Entgiftungsmaterial zu übertragen sein. Im Frieden wie im Ernstfall soll der Chemiker als Sachbearbeiter der Führung verantwortlich zur Seite stehen und muß daher in entsprechender Stellung den Organen der Polizei, des Reichsluftschutzbundes und den Werkluftschutzleitern beigeordnet werden.

Vortr. verweist besonders auf die sekundäre Gasgefahr, mit der infolge Brisanzwirkung in den meisten chemischen Betrieben, aber auch bei vielen anderen Industrieanlagen usw. gerechnet werden muß.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den in Aussicht genommenen Abdruck des Vortrags verwiesen. —

Prof. Dr. H. Remy, Hamburg: „*Absorptionseigentümlichkeiten von Salzsäurenebeln.*“

Bei analytischen Untersuchungen ergab sich, daß es unmöglich war, aus in bestimmter Weise erzeugten chlorwasserstoffhaltigen strömenden Gasen den Chlorwasserstoff durch die üblichen Absorptionsmittel restlos zu beseitigen. Es lag nahe, diese Eigentümlichkeit mit der Eigenschaft chemischer Nebel und anderer feindisperser Schwebstoffe, von den üblichen Absorptionsmitteln nur unvollkommen zurückgehalten zu werden, in Zusammenhang zu bringen. Dahingehende systematische Versuche zeigten nun, daß sich Chlorwasserstoff in dieser Hinsicht wesentlich anders verhält als etwa Schwefeltrioxyd. Während bei dem letzteren zwei ganz verschiedene Arten von Nebeln auftreten, je nachdem, ob man es synthetisch (im Kontaktofen) erzeugt oder aus rauchender Schwefelsäure abgeblasen hat, ergaben sich im Falle des Chlorwasserstoffs keine Unterschiede, wenn dieser im einen Falle synthetisch erzeugt, im anderen Falle in Nebelform aus rauchender Salzsäure abgeblasen wurde. Sowohl der synthetisch hergestellte Chlorwasserstoff wie die aus rauchender Salzsäure abgeblasenen Nebel konnten durch viele Absorptionsflüssigkeiten, z. B. allein schon durch Wasser (nicht jedoch durch Kalilauge!), leicht vollkommen zurückgehalten werden. Dagegen zeigte sich, daß in bestimmter Weise behandelte Salzsäurenebel die Eigenschaft, durch die genannten Absorptionsflüssigkeiten zurückgehalten zu werden, verloren hatten. Solche Nebel gingen beispielsweise durch mehrere Waschflaschen mit Silbernitratlösung hindurch unter Bedingungen, unter denen eine einzige Waschflasche mit der gleichen Lösung genügte, um gewöhnliche Salzsäurenebel restlos zurückzuhalten. Ein Unterschied hinsichtlich der chemischen Zusammensetzung zwischen den absorbierbaren und den nicht absorbierbaren Nebeln war nicht festzustellen. Die Versuche zeigen, wie leicht chemische Nebel hinsichtlich ihrer Absorbierbarkeit ihr Verhalten auf Grund geringfügiger Einflüsse grundlegend ändern können. Ferner weisen sie auf Schwierigkeiten und Fehlerquellen hin, die bei dem Nachweis und der analytischen Bestimmung von in der Luft oder in anderen Gasen in Nebelform vorliegender Salzsäure auftreten können, vor allem dann, wenn es sich um den Nachweis von Spuren handelt. —

Dr. H. Stoltzenberg, Hamburg: „*Neue Gesichtspunkte im Atemfilter- und Schwebstofffilterbau.*“

Beim Atemfilter war, solange, bedingt durch kleinen Rauminhalt, die Pendel- oder Einwegatmung vorteilhaft erschien, die Frage der Verringerung des Atemwiderstandes wichtig, und man füllte möglichst locker (Minimalfüllung, gepreßte Schotterfüllung). Bei Zweiwegatmung spielt die Frage der Verringerung des Atemwiderstandes eine weniger bedeutsame Rolle, deshalb füllt die Chemische Fabrik Stoltzenberg bei ihren Atemfiltern ein Maximum an Filtermasse bei gegebenem Raum (Maximalfüllung, Kugelrüttelfüllung). Hierbei vermeidet sie durch präzise ausgearbeitete Lagerungsmaßnahmen die losen Lagerungsformen, die bei Kugeln insbesondere an glatten, konkaven Flächen auftreten und zu den gefürchteten Randedurchbrüchen führen, die die heute gebräuchlichen Atemfilter zumeist zeigen. Die gleichmäßigen Lagerungsformen der künstlich geformten, kugelartigen Körner zwingen, unter Vermeidung des Herzdurchbruches, die Gase selbst bei schnellem Strom zu gleichmäßiger Flächendurchdringung.

Die absorbierenden Massen werden nicht mehr nach dem bisher üblichen Imprägnierungsprinzip hergestellt, sondern auf porösem und absorbierendem Material aufgebaut, wodurch

höhere Leistungen fast allen schädlichen Gasen gegenüber erzielt werden konnten.

Bei den Nebelfiltern wurde das Prinzip der regellosen Einlagerung geschichteter oder gepreßter Fasermassen verlassen und eine möglichst genaue Regulierung des filternden Siebfadens nach den Gesichtspunkten einer höchsten Feinheit und Gleichmäßigkeit der Fadenstärke bei ebenfalls genau eingestellter Fadenlänge beansprucht. Neben einer Reihe künstlicher oder besonders zu präparierender Stoffe wurde die geschnittene Daune in Form von Daunenschnee eingeführt. Dies Material hat neben hervorragenden Filtereigenschaften, bedingt durch größte Fadenfeinheit, erstens eine hohe Elastizität, so daß ein Daunenfilter einen gegebenen Raum stets gleichmäßig auszufüllen bestrebt ist, wodurch Klumpenbildung und Randedurchbrüche vermieden werden, und zweitens eine schlechte Benetzbarkeit gegenüber Wasser, was ihr vor Cellulosefiltern den Vorzug gibt, die besonders bei Pendelatmung eine Verstopfung des Filters zeigen.

Diese Bestrebungen zur Verbesserung der Absorptions- und Nebelfiltermassen ermöglichen eine Verkleinerung der Atemfilter und geben in ihrem weiteren Ausbau zur Erwartung Veranlassung, daß bei guter Wirkung der Atemwiderstand der kombinierten Filter unter die Grenze von 10 mm gedrückt wird, wo eine Pendelatmung wieder möglich ist. —

Aussprache:

Engelhard, Berlin: Es erscheint notwendig, bei Atemfiltern genaue Angaben über die Leistung zu machen, nicht aber mit dem Anspruch auf Priorität vage Theorien aufzustellen, die beim Filterbau nicht eingehalten werden können bzw. anfechtbar sind, wie z. B. die Parallelität von Fasern bei Nebelfiltern. Diese ist bei einem Daunenfilter nicht vorhanden und auch nicht erwünscht. Ähnliches gilt für die Abdeckung des Randes bei der Füllung von chemischen Filtern, wo sehr sorgfältige Messungen genau das Gegenteil der vom Vortr. mitgeteilten Überlegungen ergeben haben.

Dr. G. Stampe, Lübeck: „*Giftschwaden, ihr Verhalten und ihre Erkennung.*“

Trotz der auch in der Fachliteratur vielfach verbreiteten Ansicht halten sich Wolken von Kampfstoffen keineswegs wegen des hohen spezifischen Gewichts dieser Stoffe auf dem Erdboden. Dieses vielfach tatsächlich beobachtete Verhalten liegt vielmehr daran, daß normalerweise einmal am Boden befindliche Luftmassen durch den Wind auf diesem entlang geschoben werden. Wenn man also die Kampfstoffwolke in einiger Höhe über dem Erdboden entstehen ließe, dann würde sie sich zunächst einmal in dieser gleichen Höhenlage mit dem Winde fortbewegen. „Gasnester“ halten sich dadurch, daß an ihrer Stelle eine Luftbewegung durch Wind überhaupt nicht stattfindet.

Da eine Luftbewegung immer vorhanden ist, wird eine Kampfstoffwolke also fortdauernd ihre Lage ändern, falls nicht durch Verdampfung von neuem Kampfstoff in die Luft hinein nachgeliefert wird. Dies ist für einigermaßen längere Zeiten nur bei dem Gelände-Kampfstoff möglich.

Für den Luftschutz, bei dem die gefährdeten Menschen sich während der Gefahrenzeit in Sammelschutzräumen aufhalten, ist also besonders die Erkennung von Geländekampfstoffen notwendig, während die Feststellung des Vorhandenseins von Luftpumpstoffstoffen geringeren Wert hat. Das empfindlichste Erkennungsgerät ist immer noch die menschliche, oder besser die tierische Nase; durch geeignete Anreicherungsverfahren gelingt es, selbst außerordentlich geringe Kampfstoffkonzentrationen noch nachzuweisen. Ein solches Verfahren findet Anwendung in dem Gasspürgerät *Dräger-Schröter*, bei dem der Kampfstoff in den ersten Schichten eines Röhrchens mit Kieselsäuregel aufgefange wird, das also in der vom Atemfilter her bekannten Weise wirkt. Die eigentliche chemische Erkennungsreaktion wird an Ort und Stelle durch Tränken des Gels mit den Reagenzien durchgeführt. —

Dr. K. E. Pütter, Berlin: „*Ein Beitrag zur Kenntnis der Fluchtgeräte.*“

Es wird eine Übersicht über Gasschutzgerätekonstruktionen gegeben, welche die Flucht aus Verbrennungsgase enthaltender Luft ermöglichen oder erleichtern sollen. Die Hauptanwendungsmöglichkeit dieser Geräte liegt im Kohlenbergbau.

Isoliergeräte (Preßsauerstoff-, Chloratsauerstoff- und Alkali-superoxydsauerstoff-Geräte) sind an sich brauchbar, aber sie sind wegen des notwendigen Atmungsbeutels unhandlich und stellen ziemlich hohe Anforderungen an eine dauernde Überwachung wie auch an die Schulung der Benutzer, da sie sonst leicht versagen können.

Filtergeräte scheinen als Fluchtgeräte besser geeignet zu sein, da die Schwierigkeiten bei der Lagerung geringer sind, außerdem sind sie leichter bedienbar.

Enthalten die Filtergeräte nur ein Kohlenoxydfilter, so können sie nur solange Schutz gewähren, als die filtrierte Luft noch nahezu eine normale Zusammensetzung hat. Ist aus der Luft ein zu großer Anteil des Sauerstoffs bei dem Brand verbraucht, so wird die Atmung bei diesen Geräten sehr erschwert oder unmöglich.

Ein dauernder Zusatz von Sauerstoff aus Chloratsauerstoffpatronen oder Druckflaschen in die Einatemungsluft bringt bei den Kohlenoxydfilter-Fluchtgeräten nur geringe Erleichterung, da eine ausreichend große Menge Sauerstoff nicht mitgeführt werden kann. Am günstigsten erscheinen nach neueren Arbeiten der Auergesellschaft Filterfluchtgeräte, bei denen die Einatemungsluft von reizend wirkenden Schwefelstoffen befreit, das Kohlenoxyd in Kohlensäure umgewandelt und die gesamte Kohlensäure gebunden wird unter Abgabe einer entsprechenden Menge Sauerstoff an die Einatemungsluft. —

Dr. R. Lepsius, Berlin: „Die chemischen Grundlagen des Feuerschutzes und seine nationalwirtschaftliche Bedeutung.“

Ausgehend von der großen Bedeutung des Holzes als Baustoff, wozu fast die Hälfte des in der deutschen Forstwirtschaft anfallenden Holzes Verwendung findet, geht Vortr. auf die verschiedenen Eigenschaften des Holzes ein, besonders soweit sie in Beziehung zu seiner Brennbarkeit stehen. Die Wärmeausdehnung, die Veränderung der Festigkeit, die Ursachen für das Ausbrechen von Bränden werden besprochen, die Feuerbeständigkeit und die Entflammbarkeit erläutert. Der Brennvorgang des Holzes steht im engsten Zusammenhang mit der Zersetzung des Holzes bei Temperaturerhöhung (Meilerprozeß und Holzverkohlung). Jeder Holzart kommt ein bestimmter Flammpunkt, ein bestimmter Brennpunkt und ein bestimmter Zündpunkt zu. Die Verbrennungsgeschwindigkeit des Holzes hängt wiederum ab von seiner Wärmeleitfähigkeit, von seiner spezifischen Wärme und seiner Struktur, auch von seinem Gehalt an Feuchtigkeit, an brennbaren Harzen, Ölen u. dgl.

Das Holz unbrennbar machen zu wollen, wie es von manchen reklamefüchtigen Unternehmern behauptet wird, ist eine Utopie; wohl aber kann man den Zeitpunkt seines Anbrennens sehr weit hinausschieben und speziell das Weiterbrennen verhindern, so daß es demnach heute möglich ist, eine Brandursache auf ihren lokalen Herd zu beschränken und eine Brandkatastrophe zu verhüten.

Fast alle Brände, die die Feuerwehr zu bekämpfen hat, nehmen ihren Anfang im Dachstuhl. Fahrlässigkeit, Fehler in der elektrischen Leitung und dergleichen sind die häufigsten Ursachen, und im Kriegsfall wird man mit der Einwirkung von Brandbomben in starkem Maße zu rechnen haben.

Vortr. geht dann auf die Wirkungsweise des chemischen Feuerschutzes, seine Möglichkeiten und seine Grenzen ein und

erläutert ihre physikalischen und chemischen Grundlagen. Durch Beeinflussung der Wärmeleitfähigkeit, der spezifischen Wärme und Wärmekapazität widersteht das mit Feuerschutzmitteln behandelte Holz außerordentlich lange der Vernichtung durch Feuer. Die chemischen Ursachen beruhen auf der Bildung von Schutzgasen, von festen Schutzschichten oder schützenden Schaumschichten, deren Wesen Vortr. an Hand von Versuchen und Vorführung eines Films auseinandersetzt. Im einzelnen erläutert Vortr. die verschiedenen Klassen chemischer Verbindungen, die für die Herstellung von Feuerschutzmitteln in Betracht kommen, und stellt eine Systematik dafür auf. Die gleichzeitige Vermeidung der Holzzerstörungen durch pflanzliche und tierische Schädlinge wird gestreift, desgleichen werden Einzelheiten der technischen Anwendung von chemischen Feuerschutzmitteln, wie Anstrich- und Spritzverfahren, Einlaug- und Kesseldruckverfahren, und einige spezielle Verfahren erwähnt. Vortr. unterstreicht die Wichtigkeit einheitlicher und die Erfordernisse der Praxis berücksichtigender Prüfverfahren und unterzieht alle heute gebräuchlichen Prüfverfahren einer systematischen Kritik. Das Feuerrohrverfahren, das voraussichtlich die Grundlage der offiziellen Prüfung bilden wird, wird durch Dr. Mörrath praktisch vorgeführt.

Vortr. behandelt anschließend die chemischen Feuerlöschverfahren, die er nach Schluß des Vortrags auf dem Freigelände der Achema an einer Reihe von Brandobjekten in der Anwendung zeigt, insbesondere feste Kohlensäure und alkohol- bzw. benzinbeständigen Schaum.

Schließlich betont Vortr., daß durch eine sorgfältige und allgemeine Benutzung von Feuerschutzmitteln die jährlichen Verluste an Nationalvermögen durch Brandkatastrophen weitgehend eingedämmt und zugleich einer großen Zahl von stellungslosen Volksgenossen eine Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden kann. —

Verein deutscher Chemikerinnen.

Sitzung am 25. Mai 1934.

Vorsitzende: Frä. Dr. T. Masling.

Es wurden vornehmlich behandelt:

1. die Eingliederung der Chemikerin in die Arbeitsfront,
2. die Stellung der Chemikerin im heutigen Staat.

Zu 1. führte Dr. Scharf als Vertreter des V. d. Ch. aus, daß die augenblickliche Lage für die Chemikerin insofern ungünstig sei, da sie als Einzelmitglied höhere Beiträge zu zahlen habe als ihre männlichen Kollegen. Es besteht jedoch die Aussicht, daß dieser Zwischenzustand durch eine neue Organisation eine bessere Lösung findet.

Zu 2. gab Frä. Dr. Sauerborn eine kurze statistische Übersicht über die Verhältnisse, insbesondere über das chemische Frauenstudium sowie über die Berufsaussichten für den Nachwuchs. Dabei wies Vortr. u. a. auf die Worte von P. Siber hin, welche die Stellung des Nationalsozialismus zum Studium und zur Berufsarbeit der Frau anlässlich der Tagung des Bundes deutscher Ärztinnen vom 28. Januar 1934 dahin gekennzeichnet habe, daß die Bestrebungen auf Zurückdrängung der berufstätigen Frauen nicht in den Ideen des Nationalsozialismus begründet seien, sondern einen rein wirtschaftlichen Machtkampf bedeuten.

PERSONAL- UND HOCHSCHULNACHRICHTEN

Dr. C. Wagner, nichtbeamteter a. o. Prof. der Universität Jena, hat einen Ruf als planmäßiger a. o. Prof. für physikalische Chemie an die Technische Hochschule Darmstadt erhalten und angenommen.

Verliehen: Dr. A. Gluschke, a. o. Prof. am Chemischen Institut der Tierärztlichen Hochschule Berlin, die Rettungsmedaille am Bande.

Prof. Dr. H. Harrassowitz, (chemische Geologie, insbesondere Verwitterung) an der Universität Gießen, ist auf Grund des § 6 des Reichsgesetzes vom 7. April 1933 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Juni 1933 unter Anerkennung seiner dem Staate geleisteten Dienste vom 1. August 1934 an in den Ruhestand versetzt worden.

Dr. J. Hofer, a. o. Prof. der physikalischen und Elektrochemie und der Gasanalyse an der Technischen Hochschule München, wurde auf sein Ansuchen von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen ab 1. Oktober 1934 befreit.

Gestorben sind: Dr. F. Schwarz, langjähriger früherer Direktor des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt

Hannover, am 26. Mai im Alter von 74 Jahren. — Direktor A. Traub, langjähriger Geschäftsführer der Borsigwerke, Berlin-Tegel, früheres Vorstandsmitglied der DECHEMA, Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen, am 1. Juni.

Ausland. Von der Wiener Akademie der Wissenschaften wurden folgende Preise verliehen: Dr. H. Schmid, Priv.-Doz. für physikalische Chemie an der Technischen Hochschule Wien, der Rudolf-Wegscheider-Preis für seine Arbeiten über strömende Reaktionssysteme; Dr. L. Kofler, o. Prof. der Pharmakognosie an der Universität Innsbruck, der Fritz-Pregl-Preis für Mikrobiologie für seine Arbeiten über Vakuumsublimation unter dem Mikroskop und über einen neuen Mikroschmelzapparat.

Prof. Dr. H. Mark, Wien, wurde zum korrespondierenden Mitgliede im Inland der Wiener Akademie der Wissenschaft gewählt.

Prof. Dr. H. Rheinboldt, früherer Leiter der anorganischen Abteilung des Chemischen Instituts der Universität Bonn, hat einen Ruf als Ordinarius für Chemie und Direktor des chemischen Instituts der Staatsuniversität Sao Paulo (Brasilien) erhalten und angenommen.